

Kleine Anfrage 2048

des Abgeordneten Péter Vida
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Diverse Ungereimtheiten bei der Genehmigung und Errichtung des Windparks Wildberg in der Gemeinde Temnitztal II

Auf meine Kleine Anfrage vom 29.03.2016 erhielt ich von der Landesregierung eine textlich umfangreiche Antwort, deren Inhalt jedoch in einigen Punkten sachlich nicht hinnehmbar sind. Es entsteht der Eindruck, dass alle Entscheidungen der entsprechenden Behörden ohne tiefere Prüfung als richtig eingestuft worden sind. Hier einige Beispiele:

Zu Abschnitt B

Pkt. 4: Hier wird die Frage nach der Sicherung der Energieversorgung und der Wirtschaftlichkeit mit ja beantwortet. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass bei Wind mehr Strom erzeugt wird, als benötigt bzw. abtransportiert werden kann. Die Folge ist ein oft zu beobachtender Stillstand der WEA bei Wind bzw. ein Verkauf des Stromes zu Spottpreisen. Umgekehrt liefern die Windkraftanlagen bei geringen Windgeschwindigkeiten wenig oder gar keinen Strom. Von Wirtschaftlichkeit oder einer überragenden Bedeutung bei der Energieversorgung des Landes Brandenburg kann hier folglich nicht die Rede sein.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Teilt die Landesregierung nach wie vor die Auffassung, dass diese 6 WEA ein hohes Gemeinschaftsinteresse zur Energieversorgung und Wirtschaftlichkeit abdecken?
- b) Gibt es für diese 6 Anlagen oder auch benachbarte Anlagen eine Übersicht zur Betriebszeit bzw. Stillstandszeit (unterteilt nach den Ursachen Windmangel, Wartung/Reparatur bzw. Zwangsabschaltungen mangels Bedarf)? Wenn ja, bitte zur Verfügung stellen.

Zu Abschnitt C

Pkt. 8: Für die Meldung des Betreiberwechsels gibt es keine konkrete Frist sondern nur die Formulierung, dass die Meldung „umgehend“ zu erfolgen hat. Gehandelt wurde in diesem Fall erst nach fünf Monaten.

Ich frage die Landesregierung:

- c) Innerhalb welchen Zeitraums hat eine Meldung zu erfolgen, damit die Forderung nach einer „umgehenden“ Meldung erfüllt ist?
- d) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, wenn keine „umgehende“ Meldung erfolgt?

Pkt. 9: Die zugelassene Messstelle hat im Auftrag eines Betreibers die Schallnachweismessungen durchgeführt. Es fallen u.a. folgende Unzulänglichkeiten bzw. Widersprüche auf:

Die aufgeführten maßgeblichen Messpunkte in Dossow bei Wittstock (Dosse) sind rund 30 km von den in Rede stehenden WEA entfernt.

Ich frage die Landesregierung:

- e) Warum wurden maßgebliche Immissionsorte benannt und betrachtet, die mit Sicherheit nicht von den Schallemissionen der der WEA betroffen sind? Ist es der Ernst der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden, dass eine Messung in 30 km Entfernung eine belastbare Aussage trifft?
- f) Warum wurden für die anderen, in der Nähe der WEA erfolgten Messungen nur willkürlich Punkte ausgewählt, die mangels vorheriger Anfrage nicht auf den tatsächlich betroffenen Grundstücken bzw. an den bereits in der Prognose festgelegten maßgeblichen Immissionsorten liegen?

Bedingt durch die Windverhältnisse am Messtag erreichten die WEA nur max. 50% ihrer Leistung und somit auch nicht die maximale Emissionsabgabe, sodass die Messung entgegen den Festlegungen im WEA-Geräuschemissionserlass des Landes Brandenburg vom 28.04.2014 erfolgten. Die vorgenommene Hochrechnung der Windgeschwindigkeit auf 108 m Nabenhöhe, nach entsprechenden nicht geprüften Leistungsdaten des Betreibers (!) ist mit Sicherheit kritisch zu bewerten. Die Windleistungsdaten des Herstellers ergeben für die an diesem Tag vorherrschenden Windstärken völlig andere, mit dem o.g. Erlass nicht in Übereinstimmung zu bringende Verhältnisse.

Ich frage die Landesregierung:

- g) Warum wurden keine Messungen bei höheren Windgeschwindigkeiten vorgenommen und stattdessen zweifelhafte Hochrechnungen durchgeführt?

Während der Messung waren nur eine bzw. zwei der 6 Windkraftanlagen in Betrieb.

Ich frage die Landesregierung:

- h) Warum wurden für die Messung 5 der 6 Anlagen abgeschaltet, wenn die Anwohner in der Regel durch die Schallemissionen von 6 gleichzeitig laufenden Anlagen und den ebenfalls im selben Eignungsgebiet laufenden 5 Anlagen der Gemarkung Ganzer belastet werden?

Im Bericht zur WEA 1 ist von der Windrichtung SWW die Rede. Diese Windrichtung gibt es nach unseren Recherchen nicht.

Ich frage die Landesregierung:

- i) Welche Windrichtung ist gemeint?

Die Messergebnisse wurden um 6 dB(A) reduziert – angeblich zur Kompensation der Auswirkung einer harten Mikrofonunterlage. Dies entspricht aufgrund der logarithmi-

schen Skala der Einheit Dezibel mehr als einer Halbierung des Schalldrucks. Der Abzug von 6 dB(A) erscheint willkürlich und lässt sich mit den Vorschriften der TA Lärm und auch fachlich nicht nachvollziehen. Derartig willkürliche Abzüge wurden jedoch auch bei anderen uns bekannten Schallmessungen vorgenommen und von den kontrollierenden Behörden kritiklos hingenommen.

Ich frage die Landesregierung:

- j) Ist die Reduzierung des gemessenen Schalldrucks aus Sicht der Landesregierung rechtmäßig bzw. fachlich richtig?
- k) Wie wird von den Behörden verhindert, dass die von den Windkraftunternehmen bezahlten Messunternehmen bei den Messungen willkürlich Abzüge vornehmen?

Die Tonhaltigkeit und Impulshaftigkeit des Lärms (für die laut TA Lärm die Messzahl erhöht werden muss) konnten durch den Messtruppmitarbeiter subjektiv nicht festgestellt werden.

Ich frage die Landesregierung:

- l) Die Impulshaftigkeit verlangt nach TA Lärm Zuschläge zum gemessenen Wert. Wie kann es sein, dass das für Windkraftanlagen typische und unvermeidliche impulshafte Geräusch beim Vorbeistreichen eines Rotors vor dem Turm für das Messbüro „subjektiv“ nicht feststellbar war?

Zusätzlich wurde ein angeblich durch Fremdgeräusche (Vögel, Blätterrauschen) verursachter Emissionsanteil von den gemessenen Emissionen abgezogen. Zum Messzeitpunkt Anfang November waren keine Blätter mehr an den Bäumen. Die Zugvögel waren bereits abgezogen und die hier verbleibenden Standvögel singen im November – also außerhalb der Paarungs- und Brutzeit – üblicherweise nicht.

Ich frage die Landesregierung:

- m) Welche Vogelarten sind der Landesregierung bekannt, die im November für langanhaltenden Lärm sorgen, der eine Reduktion der Messergebnisse rechtfertigt?
- n) Welche sonstigen Geräuschquellen rechtfertigten im November die Reduktion der Messergebnisse?

Auch messtechnisch konnten keine tieffrequenten Geräusche festgestellt werden. Das Team des Messbüros hatte jedoch auch keine Ausrüstung zur Erfassung tieffrequenter Geräusche dabei. Die TA Lärm schreibt „Schädliche Umwelteinwirkungen können insbesondere auftreten, wenn bei deutlich wahrnehmbaren tieffrequenten Geräuschen in schutzbedürftigen Räumen bei geschlossenen Fenstern [...] den Wert 20 dB überschreitet.“

Ich frage die Landesregierung:

- o) Wie können die Forderungen der TA Lärm erfüllt sein, wenn keine Messungen zu tieffrequenten Geräuschen gemacht wurden?
- p) Wie können die Forderungen der TA Lärm erfüllt sein, wenn in den Räumen der Anwohner bzw. an den maßgeblichen Immissionsorten keine Messungen gemacht wurden?

Diese Nachweismessungen sollen aus gutem Grund gemäß WEA-Geräuschimmissionserlass nachts durchgeführt werden, was nicht der Fall war.

- q) Wie kommt die schriftlich vorliegende Aussage des LfU zustande, das nachts an den maßgeblichen Immissionsstandorten maximal 40 dB(A) erzielt wurden, wenn an diesen Standorten nachweislich keine Messungen stattfanden und auch nachts keine Messungen durchgeführt wurden?

Die im Messprotokoll-Anhang genannten Normen und Vorschriften u. ä. sind zum Teil veraltet und stammen wohl aus einem älteren Vorgang.

Ich frage die Landesregierung:

- r) Welche Konsequenzen hat es, wenn im Messprotokoll auf nicht mehr gültige Normen und Vorschriften verwiesen wird?

Das ist nur ein Auszug von Unzulänglichkeiten bzw. Widersprüchen. Es ergibt sich hier in Gänze für die betroffenen Bürger der begründete Eindruck, dass vom Messbüro durch willkürliche Maßnahmen nur für den Anlagenbetreiber günstige Ergebnisse erzielt werden sollten. Sie fordern ein neues Gutachten unter Beiziehung kommunaler Vertreter.

Ich frage die Landesregierung:

- s) Sieht die Landesregierung aufgrund der in den Punkten aufgeführten Ungereimtheiten das Messgutachten noch als verwertbar an?
- t) Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass hier durch willkürliche Maßnahmen das Messergebnis in eine bestimmte Richtung beeinflusst werden sollte?
- u) Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ein neues Lärmschutzgutachten und die dazu erforderlichen Messungen, die in Anwesenheit örtlicher kommunaler Vertreter und Mitgliedern der dortigen BI durchgeführt werden, notwendig sind?
- v) Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um in Zukunft parteiische Messungen durch die (von den Windkraftfirmen bezahlten) Messbüros zu verhindern?

Zu Abschnitt F:

Pkt. 14

Die Landesregierung schreibt, dass für die Anwohner keine unzumutbaren Belastungen auftreten. Die Anwohner kämpfen jedoch weiter gegen die WEA, obwohl sich nach Logik der Landesregierung die Anwohner inzwischen daran gewöhnt haben müssten, wenn die Belastungen zumutbar wären.

Ich frage die Landesregierung:

- w) Ist die Landesregierung bereit, sich nach Absprache mit den kommunalen Vertretern vor Ort einen Eindruck bei den betroffenen Bürgern zu verschaffen? Wenn ja: Wann?

„Die Rechtmäßigkeit einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung hängt grundsätzlich nur von der Rechtmäßigkeit der Lärmimmissionsprognose ab, nicht von Abnahmemessungen [...]“ (Leitsatz z.B. VGH München, Beschluss v. 10.08.2015-22 ZB15.1113). Der Investor hat für die vom LUGV genehmigte Anlagenausführung nie eine passende Schallimmissionsprognose ein- bzw. nachgereicht. Stattdessen wurden Schallimmissionsprognosen für Anlagen des Typs Enercon E 82-2.0 vorgelegt. Installiert wurde ein anderer Typ mit 15% mehr Leistung.

Ich frage die Landesregierung:

- x) Ist eine Bau- bzw. Betriebsgenehmigung gültig, wenn der laut vorgeschriebener Lärmimmissionsprognose vorgesehene Typ der Windkraftanlage vom tatsächlich installierten Typ abweicht? Wenn ja: Auf welcher rechtlichen Grundlage?
- y) Falls nach der Lärmimmissionsprognose die Installation eines abweichenden Typs von Windkraftanlagen möglich ist: Durch welche objektiven Kriterien werden hier Willkür und eine Aushebelung der Schallschutzprognosen verhindert?
- z) Ist aufgrund des oben beschriebenen Sachverhalts die Betriebsgenehmigung für Temnitztal rechters?